

«Quantensprung in Richtung Kunde»

Defizitäre Bäder: Ein Unternehmensberater empfiehlt die Straffung des Angebots, Privatisierung und Marktpreise

Weniger, aber attraktivere und professioneller geführte Bäder ohne Beteiligung des Staates, dafür mit kostendeckenden Preisen: Mit einem harten Fitnessprogramm will ein Zuger Bäderspezialist die Branche aus der Krise führen.

MIT STEFAN KANNEWISCHER*
SPRACH MARTIN HUBER

Heute Dienstag läuft die Frist für die Einreichung der Offerten für die städtischen Schwimmbäder ab. Die Stadt will Bäder privatisieren oder gar schliessen, weil sie zu grosse Defizite verursachen. Wo liegen die Probleme?

Das Angebot ist bei den Sommerbädern zu gross. Viele Bäder sind veraltet und sanierungsbedürftig, sie entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen. Hinzu kommen ein oft orientierungsloses Management und eine ineffiziente, weil verpolitisierte Verwaltung. Kurz: Der Markt spielt nicht.

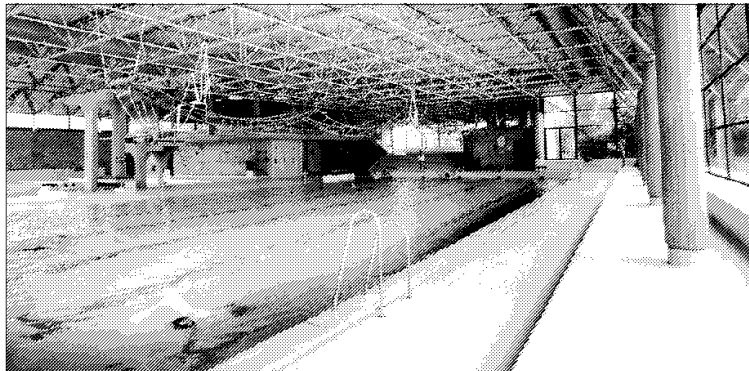
Also sollten die Bäder privatisiert werden, damit sie den Turnaround schaffen?

Längerfristig sollte sich der Staat aus der Bäder- wie auch aus der übrigen Freizeitbranche zurückziehen. Bäder gehören weitgehend zum kommerziellen Freizeitbereich.

Das ist ein Markt, in dem Angebot und Nachfrage das Geschehen bestimmen, der Staat sollte sich nicht einmischen. Mittelfristig sollte er Bäder jedoch durch Investitionszuschüsse fördern.

Zürich ist mit der Ausschreibung der Bäder also auf dem richtigen Weg?

Grundsätzlich ja. Aber es fehlt die klare politische Willensbekundung. Ich befürchte, dass die Ausschreibung nicht ganz ernst gemeint ist. Sie sieht eher nach einem «Volks-Brainstorming» aus. Die Stadt weiss nicht, was sie will, und lässt jetzt einfach einmal Private nach Ideen suchen. Privatisiert wird eben erst, wenn es wirklich weh tut. Offenbar ist der Leidensdruck in Zürich noch zu wenig gross.



Schwimmbäder im herkömmlichen Sinn haben es in einer Zeit des Sparens und wegen der Konkurrenz durch die Freizeitindustrie schwer. Einige sind, wie das Hallenbad Altstetten, von der Schliessung bedroht.

Werden sich seriöse Investoren melden?

Es wird sich kaum ein Privater melden, der das Betriebsdefizit eines Bades decken, die Anlage sanieren und auch noch modernisieren wird. In erster Linie werden sich wohl Gastronomen, Fitness- und Sportclubs für Zusatznutzen interessieren. Aber auch Produzenten im Bäderbereich werden Offerten einreichen. In Frage kommt eine Verpachtung an diejenige Trägerschaft, welche die kleinsten

Subventionen benötigt. In einigen Städten sind die Freibäder schon heute an Bädergenossenschaften verpachtet, die Subventionen erhalten.

Wieso sollen Private Bäder günstiger betreiben können als die öffentliche Hand?

Private werden die Anlagen kaum günstiger betreiben können. Die Stadt ist bei den Kosten praktisch beim Minimum angelangt. Man kann die Bäder nicht mehr

weiter «herunterfahren», da sonst die Qualität abnimmt, die Besucherzahlen noch mehr zurückgehen. Statt krampfhaft weiter Kosten einzusparen, sollten Betrieb und Gebäude attraktiver gemacht werden. Auf der Ertragsseite liegt ein grosses Potential brach. Ein Privater würde Zusatzdienstleistungen anbieten, mit denen er Geld verdient. Wenn ein Bad die Bedürfnisse erfüllt, bezahlen die Leute locker fünfzehn Franken. Im Alpina sind die Leute heute bereit, mehr als

20 Franken Eintritt zu bezahlen, und das Bad ist dennoch meist gut gefüllt. Da müsste es bei der Stadt «klick» machen.

Wie soll die Privatisierung ablaufen?

Zuerst: Es gibt keinen schnellen Ausweg aus der Bäderkrise. Auch die Privatisierung löst nicht alle Probleme. Aber man muss den Schritt nach vorne wagen, statt sich weiter von Krise zu Krise zu mischeln. Es braucht einen Quantensprung in Richtung Kunde. Ich empfehle ein schrittweises Vorgehen, das man überregional koordinieren sollte. Zuerst muss das Angebot gestrafft werden. Nur zukunftsreiche Anlagen sollten saniert und modernisiert werden, um so eine bessere Auslastung zu erreichen. Dann muss das Management professionalisiert und müssen die Bäder aus der öffentlichen Verwaltung ausgelagert werden.

Was geschieht mit den Eintrittspreisen?

Das ist einer der wichtigsten, aber auch schwierigsten Schritte. Man muss unbedingt vom staatlichen Preisdämpfungsmechanismus und Marktpreise einführen. So lange Eintrittspreise nicht frei gebildet werden, lassen sich keine privaten Investoren finden. Die Einführung des Marktmechanismus braucht aber Zeit. Gemeinden sollten den Bädern Subventionen nicht von heute auf morgen entziehen.

Die Bäder sollten aber auch inkommensschwachen Personen offenstehen.

Diese Personen soll der Staat via Subjektförderung direkt unterstützen, statt im Giesskannensystem tiefe Eintrittspreise für alle zu garantieren. Sollen die Bäder aus gesundheitspolitischen Überlegungen unterstützt werden, so kann auch dies durch Subjektförderung geschehen.

Wie sieht das Bad der Zukunft aus?

Es ist kein reines Schwimmbad mehr, sondern eine multifunktionale Freizeitanlage, die neben sportlichen und gesundheitlichen auch Freizeitaspekte wie Erholung und Kommunikation berücksichtigt. Die Kunden wollen nicht nur beim Fernsehen zappeln, sondern auch im Schwimmbad zwischen verschiedenen Angeboten wählen können. Neben solchen «Gesellschaftsbädern» braucht es Schwerpunktbäder für Leistungssport, Spass und Gesundheit.

*Unternehmensberater Stefan Kannewischer aus Zug hat seine Doktorarbeit an der Hochschule St. Gallen über die Privatisierung von öffentlichen Freizeitinfrastrukturen verfasst.

Stadt will den Bäderbereich neu ordnen

Das Schicksal des Hallenbads Altstetten hängt weiter in der Schwebe

Um den Betrieb ihrer Bäder zu verbessern, plant die Stadt auf 1998 eine Reorganisation des gesamten Bäderbereichs. Die Verwaltung soll dezentralisiert werden, wie Peter Vogt, Direktor des Amtes für Gesundheit und Umwelt, erklärte. Dazu sollen drei Bäderkreise (Nord, West und City/Ost) und die Sparten Fun & Family, Relax, Trend/Event und Sport geschaffen werden. Als weitere Neuerungen sind die Stelle eines Controllers sowie Mitarbeiterpools geplant. Durch

die Dezentralisierung sollen einzelne Bademeister mehr Kompetenzen erhalten und besser auf Kundenwünsche eingehen können. Vogt verspricht sich davon eine Attraktivitätssteigerung. Konsequenz der Reorganisation sei ein Stellenabbau in noch unbekannter Höhe. Der Verhandlungspoker um das von der Schliessung bedrohte Hallenbad Altstetten geht untermessen weiter. Der Stadtrat hat das von einer Betriebsgenossenschaft eingereichte Angebot für

die Übernahme des Badebetriebs ablehnt. Die Stadt werde sich Ende Jahr vom Betrieb des Hallenbades zurückziehen, erklärte Stadtrat Wolfgang Nigg auf Anfrage. Allerdings will er der Betriebsgenossenschaft drei Monate Zeit gewähren, um allenfalls doch noch eine private Finanzierung sicherstellen zu können. Die Betriebsgenossenschaft sei unbedingt auf einen Beitrag der Stadt angewiesen, erklärte deren Sprecher Alfred Gnehm. (mth.)

Stadtplanung neu verteilt

Konflikt um die koordinierende Instanz beigelegt

Ein vom Stadtpräsidenten geleiteter Vierer-Ausschuss des Stadtrates erarbeitet künftig die Leitlinien der Stadtplanung. Diesem Beschluss war ein längeres Tauziehen um deren Koordinierung vorausgegangen.

VON PAUL BOSCH

Bis Anfang dieses Jahres war die Stadtplanung hauptsächlich eine Aufgabe des Baumeisters I. Im Zuge der Verwaltungsreorganisation ist das Stadtplanungsamt aufgelöst und auf die vier folgenden Departemente aufgeteilt worden: Verkehrsplanung im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (Kathrin Martelli), die Planung des öffentlichen Verkehrs im Departement der Industriellen Betriebe (Thomas Wagner), die Siedlungsplanung im Hochbaudepartement (Ursula Koch) und die Stadtenwicklungsplanung im Präsidentsdepartement (Josef Estermann).

Ein verwirrendes Inserat

Lange Zeit offen war die Frage, wie die stadtplanerischen Tätigkeiten der vier Departemente koordiniert werden sollen. Es gab sogar Mutmassungen, es tobe deswegen zwischen Stadtpräsident Josef Estermann und Bauvorsteherin Ursula Koch ein Machtkampf. Die beiden dementierten dies, doch es standen tatsächlich verschiedene Modelle zur Diskussion, die diesem oder jener mehr oder weniger Kompetenzen zugehört hätten. Zur Verwirrung trug ein Stelleninserat von Ursula Koch bei, die im Frühling für ihr Departement einen Direktor für den «Bereich Stadtplanung» suchte, heute wird dieser Bereich präziser mit «Amt für Siedlungsplanung und Städtebau» umschrieben.

Wie Stadtpräsident Estermann auf Anfrage sagte, hat man sich jetzt für eine stadtplanerische Arbeitsgruppe als leitendes Gremium entschieden. Sie setzt sich aus den vier betroffenen Departementvorstehern zusammen und wird vom Stadtpräsidenten geleitet. Bis auf weiteres entwirft diese Arbeitsgruppe die übergeordneten Strategien und bereinigt Konflikte zwischen den einzelnen Departementen.

Von Kathrin Martelli zu Ursula Koch

Auf einer tieferen Ebene ist das Richtplankollegium angesiedelt, das die Umsetzung der stadtplanerischen Leitpläne bei der Richtplanung koordiniert. Es setzt sich aus elf Chefbeamtinnen zusammen und wird von Stadträtin Ursula Koch präsidentiert. Ein solches Gremium gab es schon bisher, es stand allerdings unter Leitung der Bauvorsteherin I, Kathrin Martelli (EPD).

Mit der neuen Lösung wechselt dieses «Machtzentrum» für stadtplanerische Koordinationsaufgaben zu Ursula Koch (SP), und es wird interessant sein zu verfolgen, zu welchem Zusammenspiel es mit dem anderen koordinierenden «Machtzentrum», dem Präsidentsdepartement, finden wird.

Mit der Auflösung des bisherigen Stadtplanungsamtes sind einige Beamte vom früheren Baumeister I ins Präsidentsdepartement, andere ins Hochbaudepartement transferiert worden. Letztere erhalten in Franz Eberhard, dem bisherigen Stadtbaumeister von St. Gallen und kürzlich neu gewählten Direktor des Amtes für Siedlungsplanung und Städtebau, einen neuen Chef (TA vom 7. November). Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement verbleiben die Verkehrsplaner unter Leitung von Ruedi Ott.

Kreis 7 am beliebtesten

Eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» zur Wohnsituation

Wie lange sind Sie schon in Ihrer Wohnung? Wollen Sie demnächst umziehen? Wohin am liebsten? Solche Fragen stellte das Marktforschungs-Team der TA-Media AG im Grossraum der Stadt Zürich.

VON EMIL HILDEBRAND

Das Einzugsgebiet der Befragten umfasst eine Million Menschen. 194 wohnen in der Stadt, 312 im übrigen Kanton und 96 ausserhalb davon. Drei Viertel sind Mieter: 64 Prozent wohnen in einem Mehrfamilienhaus, je 5 Prozent in einem freistehenden oder Reiheneinfamilienhaus, ein Prozent in Untermiete oder in Wohnge-meinschaften. Ein Viertel ist Eigentümer: 12 Prozent besitzen ein freistehendes Einfamilienhaus, 6 Prozent ein Reihenhäuser, 4 Prozent eine Eigentumswohnung und 3 Prozent ein Mehrfamilienhaus.

Eigenheime ausserhalb der Stadt

94 Prozent der befragten Stadtzürcher wohnen zur Miete. Das bedeutet gemäss Studie, dass all jene, die mit einem Eigenheim liebäugeln, sich wohl vorwiegend ausserhalb der Stadt umsehen müssen, denn in ihr scheint nicht nur ein begrenztes Angebot zu bestehen, sondern die Eigenheimpreise sind auch recht hoch.

7 Prozent leben weniger als ein Jahr in ihrer jetzigen Wohnung, 32 Prozent ein bis fünf, 20 Prozent sechs bis zehn Jahre. 19 Prozent der Mieter und 30 Prozent der Eigentümer bleiben 11 bis 20 Jahre in derselben Wohnung, mehr als 20 Jahre bleiben 14 Prozent der Mieter und weitere 30 Prozent der Eigentümer. Wohnungseigentümer sind somit sesshafter. Nur 7 Prozent von ihnen wollen in den kom-

menden zwölf Monaten umziehen, bei den Mietern sind es 21 Prozent. Die grosse Mehrheit will sicher (70%) oder wahrscheinlich (11%) doch zügeln eine private Finanzierung sicherstellen zu können. Die Betriebsgenossenschaft sei unbedingt auf einen Beitrag der Stadt angewiesen, erklärte deren Sprecher Alfred Gnehm. (mth.)

Hit-Liste der Stadtkreise

In welchem Quartier möchten jene wohnen, die als Wunschort die Stadt angeben? In erster Linie wurde der Kreis 7 mit Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Witzikon genannt (17%). Darauf folgten die Kreise 8 und 2 (je 15%), ferner die Kreise 6 (14%), 1 (11%) und 11 (10%). Am wenigsten Nennungen verzeichneten die Stadtkreise 4, 5 und 12. Unbeliebt scheint der Kreis 12 trotzdem nicht zu sein: Schwamendingen hat den niedrigsten Leerwohnungsanteil von allen Stadtkreisen.

TA-Media AG, Marktforschung, Inside 3/96, Verdstr. 21, 8021 Zurich, Tel. 01/248 41 75, Fax 248 51 90, Internet: http://www.tamedia.ch

Busse für Faustschlag

Student schlug Seniorin

Das Obergericht hat gestern Montag einen Soziologie- und Philosophiestudenten zu einer Geldbusse von 500 Franken verurteilt. Der 31-jährige Frau nach einem Streit einen Faustschlag ins Gesicht versetzt.

Wie das Obergericht am Montag mitteilte, hatte der Student wegen Platzproblemen im Tram Streit mit der Frau gehabt. Auf dem Limmatplatz versetzte er ihr einen Faustschlag, der eine Rissquetschwunde an der Oberlippe zur Folge hatte.

Das Bezirksgericht Zürich hatte in erster Instanz noch eine bedingte Gefängnisstrafe von sieben Tagen festgesetzt. Weil dem Angeklagten eine Notwehrsituation zugestanden wurde, hat das Obergericht die Sanktion in eine Busse umgewandelt. Die Geschädigte habe den Studenten mit ihren Angriffen provoziert.

Das Gericht befand allerdings, dass der Mann mit seinem Faustschlag die Grenzen der Notwehr überschritten habe. (SDA)

REKLAME VN187

Styling fürs Bad

Morgenmuffel?

Grösste Auswahl an Morgen- und Bademanteln weit und breit

Kirchgasse 8, 8001 Zürich
Tel. 01 252 94 96